

Rede von Willy Brandt vor dem Europäischen Parlament (19. Juli 1979)

Legende: Nach den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament fordert Willy Brandt, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), das Parlament am 19. Juli 1979 dazu auf, seiner neuen Verantwortung gerecht zu werden, und zeigt Fragen auf, auf die die Europäischen Gemeinschaften eine Antwort finden müssen.

Quelle: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. Verhandlungen des Europäischen Parlaments. 19.07.1979. [s.l.]. p. 90-94.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_vor_dem_europaischen_parlament_19_juli_1979-de-ca8aa4e8-a2ef-4cd5-bfbf-43881cfc1f0e.html

Publication date: 04/07/2013

Rede von Willy Brandt vor dem Europäischen Parlament (19. Juli 1979)

Die Präsidentin. — Das Wort hat Herr Brandt; er spricht im Namen der Sozialistischen Fraktion.

Brandt. — Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es sind Empfindungen des Zorns und Empfindungen der Demut zugleich, die den deutschen Sozialdemokraten erfüllen, der in diesem Augenblick für die Sozialistische Fraktion zu Ihnen sprechen darf. Ich schlucke den Zorn runter. Und wenn ich die künstliche Atmosphäre dieses Saals verlasse, dann spüre ich in der frischen Luft von Straßburg noch stärker als sonst, daß hier in diesem Straßburg das Herz Europas schlägt; daß sich hier ausdrückt, was an deutsch-französischer zunächst Aussöhnung und dann Freundschaft gestaltet werden konnte, um Europa — nicht nur unsere beiden Völker — voranzubringen, das Herz Europas, unseres geliebten, geschundenen, sich wiederaufrichtenden und doch neuerdings wieder stark bedrohten Europas. Es gehört uns allen, dieses Europa. Es ist uns gemeinsam anvertraut mit seinem christlichen, seinem humanistischen und seinem sozialistischen Erbe. Es stellt uns weiterhin vor gemeinsame Aufgaben. Es gibt uns einen weithin gemeinsamen Auftrag, und ich würde es nicht bedauern, wenn es uns, nachdem die Kinderkrankheiten überwunden sind, auf mehr als auf einem Gebiet gelänge, mit relativ breiter Mehrheit in diesem Haus gute Beschlüsse zu fassen.

Während der ersten Direktwahlen und danach, Frau Präsidentin, hat man von vielen Seiten gehört, die Institutionen der Gemeinschaft — die Repräsentanten zweier haben eben zu uns gesprochen, jetzt äußern sich die Sprecher der dritten; es gibt, ich weiß, wohl noch ein paar andere —, und ich habe selbst so mitempfunden, würden von den breiten Schichten unserer Völker und zumal von der Jugend als von ihnen weit entfernt empfunden. Vom Parlament des bisherigen Zuschnitts haben die meisten wenig gewußt und viele der anderen nicht viel gehalten. Aber machen wir uns nichts vor! Von den Perspektiven und Möglichkeiten des neuen, direkt gewählten Parlaments können sich die meisten auch noch keine rechte Vorstellung machen; wir waren ja auch nicht fähig, — nicht nur ein paar, die uns herausforderten; — wir waren ja heute miteinander nicht fähig, diesem Parlament vor der europäischen Öffentlichkeit zu einem guten Start zu verhelfen ...

(Beifall)

... Mehr oder weniger institutionalisierte Impotenz bringt nichts...

(Unruhe)

... und wir können sie unseren europäischen Mitbürgern schwer zumuten. Da ist erheblicher Schaden angerichtet. Nun muß einer, dem für die Sozialisten in Europa eine Redezeit von 38 Minuten zusteht, sich nach 270 Minuten mehr oder weniger prozeduraler Erörterungen dieses Tages und nach eineinviertel Stunden Berichten bemühen, einige Randbemerkungen zu machen. Da sind wir zum Teil aus den nationalen Parlamenten auch etwas anderes gewöhnt. Ich danke Ihnen übrigens für die Berichte, die wir eben gehört haben. Aber die Bürger in der Europäischen Gemeinschaft, die uns hierher schickten, haben uns doch eine große Chance und eine schwere Verantwortung gegeben. Ich habe Verständnis für diejenigen, die die Frage stellten, ob ein direkt gewähltes Parlament nicht vielleicht zu früh komme. Es wäre wohl auch nicht abwegig, nicht völlig abwegig, die andere Frage zu stellen, ob die Direktwahlen nicht vielleicht schon reichlich spät gekommen sind...

(Beifall)

... Von unserer Arbeit hängt es ab, wie die Antwort der Geschichte auf die Fragen lauten wird. Also gilt's, wovon gestern schon die Rede war, sich über die Rolle des Parlaments noch klarer zu werden, nicht einfach wie bisher in der Routine weiter zu machen, sondern zu einem Forum ernster Meinungsbildung zu werden. Das heißt vor allem, zu einem Forum für das zu werden, was die breiten Schichten unserer Völker, allen voran die junge Generation, interessiert. Um dies gleich hinzuzufügen, ich meine, Frau Präsidentin, und verehrte Kollegen, daß sich unsere Ausschüsse nicht wahllos, nicht übertrieben, sondern gezielt des Mittels öffentlicher Hearings bedienen sollten, ...

(Beifall)

..., denn wir könnten dadurch viel Sachverstand mobilisieren, die Medien interessieren und einer breiteren Öffentlichkeit, wenn es geht, verständlich machen, was auf Europa zukommt, womit es die Europäer zu tun haben werden.

Ein Beispiel: Im Herbst nächsten Jahres soll in Madrid das zweite Nachfolgetreffen der mit dem Namen Helsinki verbundenen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stattfinden. Unsere Staaten, einzeln und in der intergouvernementalen Zusammenarbeit, aber auch die EG als solche, sind daran beteiligt. Ich halte es für lohnend, wenn der Politische Ausschuß im Herbst durch ein Hearing feststellen hülfe, welche konkreten Möglichkeiten der Zusammenarbeit jetzt gegeben sind, welche Chancen sich erkennen lassen, oder diese herauszuarbeiten, um jedenfalls ein paar Schritte mehr freizuschaukeln, als es bei der vorjährigen Konferenz in Belgrad gelungen war. Dies ist nicht nur eine Sache von Diplomaten, dies ist, und gerade dies ist eine Pflicht der gewählten Volksvertreter, also *unsere* Pflicht.

(Lebhafter Beifall)

Übrigens, wenn unsere Arbeit gehaltvoll ist, wenn sie europäisches Bewußtsein stärkt, wenn sie vorwärtsweisende Lösungen für unsere Völker, für die unsere Mitbürger bedrängenden Fragen aufzeigt, dann werden Rat und Kommission gar nicht anders können, als das Parlament ernster zu nehmen, als sie sagen, daß sie es nehmen, und sich in den künftigen Jahren auf ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen den Institutionen einzustellen.

Damit wir uns nicht mißverstehen, diese Entwicklung muß sich eindeutig auf dem Boden der Verträge vollziehen.

Lassen sie mich hinzufügen, es gibt hier genug an unterschiedlichen Meinungen, wir brauchen Gegensätze nicht noch künstlich zu kultivieren. Ich bin dagegen, daß das Europäische Parlament durch unnötige Polarisierung ausgezehrt und womöglich entwertet wird.

Keiner allein in diesem Haus hat Freiheitsrechte für sich gepachtet. Dies gilt auch für die Nation. Niemand will meinem früheren und auf eigenartige Weise nun neuen Kollegen Michel Debré seinen Stolz auf das nehmen, was Frankreich ausmacht. Wer könnte dies auch wagen! Wir anderen haben auch unser Selbstbewußtsein, und unsere Verankerung in Heimat und Kultur, selbst wir, die wie ich aus einem so schwierigen Vaterland wie Deutschland kommen.

(Beifall).

Von einem großen französischen Sozialisten, von Jean Jaurès, stammt das schöne Wortbild von den Blumen, von denen jede eine eines der europäischen Völker darstelle und aus denen ein schöner europäischer Strauß werden könnte, womit ich nicht zu unangebrachten Analogievergleichen einladen will, ...

(Heiterkeit)

... auch nicht mit dem Strauß, der den Kopf in den Sand steckt.

Übersehen wir bitte nicht, daß wir es auch zunehmend mit einem Europa der Regionen zu tun haben. Die Gemeinschaft — das ist die Überzeugung meiner Fraktion — muß mehr für die schwachen Regionen tun, ...

(Starker Beifall)

... für den regionalen Ausgleich. Sie muß, füge ich hinzu, auch eine Antenne für das haben, was sich außerökonomisch an Sehnsüchten und an Hoffnungen manifestiert.

Ich will drei Fragen herausgreifen, um deren Beantwortung wir uns nicht nur heute, sondern in der Folge

bemühen. Anknüpfend an den Präsidenten der Kommission, das wird ökonomisch, anknüpfend an die Sprecher des Rates, das wird politisch, und ich sage, auch sicherheitspolitisch, und drittens: Was haben wir — haben wir etwas? — der europäischen Jugend zu sagen? Zum ersten, also zu den wirtschaftspolitischen und damit verbundenen sozialpolitischen Perspektiven: die Berichte über Straßburg und Tokio waren interessant. Ich habe als inspirierend empfunden, was Roy Jenkins über das Brechen des *link* gesagt hat, das mögliche Brechen des *link* zwischen Öl und dem, was ich humanes Wachstum nenne, und was er uns in knappen Worten über die Möglichkeit vorgeführt hat, die Umstellung in der Energie zum Motor neuen europäischen Fortschritts werden zu lassen. Darüber lohnt es, weiter nachzudenken und zu reden, so dann gedankenreich und energisch mithelfen zu müssen, eine europäische Energiepolitik zu formulieren, die diesen Namen verdient. Verehrte Herren vom Rat und von der Kommission, das, was Sie auf diesem Gebiet bisher geleistet haben, verdient die Note mangelhaft, wenn nicht ungenügend.

(Beifall)

Eine Energiepolitik also ist erforderlich, die ein weiterhin unentbehrliches Wachstum ermöglicht, den Erfordernissen der Sicherheit und des Schutzes unserer natürlichen Umwelt Rechnung trägt und die vor allem zu sicheren Arbeitsplätzen beiträgt. Ich meine, wir brauchen nach der Sommerpause nach gründlicher Vorbereitung in den Fraktionen und Ausschüssen eine große energiepolitische Debatte, nicht nur eine Aussprache nach den Berichten der beiden Institutionen, sondern eine große energiepolitische Debatte, aber es wäre gut, wenn wir uns dabei auf einen jener Vorwegberichte stützen könnten, die Präsident Jenkins in seinem gestrigen Beitrag für die Zukunft in Aussicht gestellt hat.

Lassen Sie mich zunächst sagen, daß wir uns nach Meinung der Sozialdemokraten, der demokratischen Sozialisten — und vermutlich nicht nur unserer Meinung nach — zugleich sehr ernsthaft damit befassen müssen, wie wir in dieser schwierigen Zeit eines neuen Umbruchs die Systeme der sozialen Sicherheit schützen und wo es geht — weiter ausbauen und angleichen können. Es lohnt noch einmal herauszusuchen, was unter dem Vorsitz von Präsident Pompidou im Oktober 1972, das ist jetzt sieben Jahre her, als Skizzierung einer Sozialunion auf den Tisch gelegt worden ist, ...

(Beifall)

... das kann man nicht einfach so wieder aufgreifen, das muß man an die seitdem geänderte Entwicklung anpassen.

Ich will in diesem Zusammenhang gern auf die uns allen, den Abgeordneten dieses Hauses, zugeschickte Allgemeine Entschließung des dritten Kongresses des Europäischen Gewerkschaftsbunds Bezug nehmen, der vor kurzem in München stattgefunden hat. Dort sind wichtige Anregungen gegeben worden, die hoffentlich nicht nur in meiner Fraktion Beachtung finden.

Dies gilt auch — und nicht zuletzt — für die gebieterische Notwendigkeit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Geschehen in den großwirtschaftlichen und zumal in den multinationalen Zusammenhängen nachhaltig und grundsätzlich zu demokratisieren.

(Beifall)

In einer besonderen Pflicht, so meint meine Fraktion, stehen wir gegenüber den Frauen, nicht nur deswegen, weil sie die Mehrheit der europäischen Wähler stellen, sondern weil sie auch in Familie und Beruf, oder umgekehrt, in Beruf und Familie, Hauptleidtragende jener mehr als krisenhaften Erschütterungen sind, die noch lange nicht ihr Ende gefunden haben.

Meine Fraktion hält unabhängig von dem, was in anderem Zusammenhang heute früh auf den Tisch kam, einen Ad-hoc-Ausschuss für geboten, der einen Bericht erstellen sollte, und zwar einmal darüber, wie es um die Verwirklichung der Frauenrechte bestellt ist, und zweitens welche Vorschläge geeignet sind, der nicht nur rechtlichen, sondern der realen Gleichstellung rascher nahezukommen ...

(Beifall).

... Unser Fraktionsvorsitzender wird hierauf und auf andere Initiativen hin sie dem Europäischen Parlament empfehlen und wir bitten um deren Unterstützung, verehrte Kollegen, heute oder bei nächster Gelegenheit.

Sodann kommt das zweite große Arbeitsfeld, das ich nannte, nein, andeutete. Das ergibt sich aus der Frage: Wie behauptet sich Europa politisch? Der Bericht des Rates hat dazu etwas gesagt, ein bißchen steif, aber das kenne ich auch aus der Zeit, in der man Regierungsverantwortung getragen hat. Da habe ich volles Mitgefühl, aber warum soll man sich auch nicht — davon frei — äußern können? Wie behauptet sich Europa politisch und was wird aus seiner Sicherheit?

Es wird darauf ankommen — das sage ich jetzt nur unterstreichend, aber deutlich unterstreichend —, sich nicht ausschließlich auf die Gemeinschaft und ihre jetzt anstehende Erweiterung um Griechenland, Spanien und Portugal zu konzentrieren. Wir müssen uns um den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit mit den benachbarten Staaten bemühen und zugleich, so schwierig dies ist, um die Weiterentwicklung der Politik des Abbaus von Spannungen zwischen Ost und West in diesem Teil der Welt...

(Starker Beifall)

Ökonomisch keine neuen Gräben zum europäischen Norden einschließlich des finnischen Nordens oder zu Österreich oder zur Schweiz und — ich greife das auf — wir müssen um einen konstruktiven Vertrag mit Jugoslawien bemüht sein. Dazu aber müssen Sie, verehrte Herren vom Rat, der Kommission ein besseres Mandat geben, um — so weit es an uns liegt — die Stagnation in den Verhandlungen EG-COMECON zu überwinden. Ich sage, soweit es an uns liegt. Manches liegt gewiß nicht an uns.

Im Übrigen liegt es politisch im vitalen Interesse Europas, an der Kontrolle und in einer nächsten Phase an der Begrenzung, am Abbau von Rüstungen teilzunehmen. Jeder kennt ja die Zahlen — über eine Milliarde Dollar pro Tag, auch an diesem 19. Juli 1979. Es ist keine Phrase, es ist zumal keine Übertreibung, wenn ich sage: die Welt kann sich in diesem Jahrhundert noch zu Tode rüsten.

(Lebhafter Beifall)

Sie kann dies, wenn wir uns nicht gemeinsam mit den beiden Großmächten, in Verlässlichkeit zu unseren Bündnisverpflichtungen, aber auch im Bewußtsein europäischer Mündigkeit große Mühe geben, den objektiv sinnlosen Wettlauf der wahnwitzigen Zerstörungsmittel zu beenden.

Von der nächstjährigen Konferenz in Madrid habe ich schon kurz gesprochen. Ich will jetzt nur folgendes hinzufügen: Hier in meiner Fraktion, einige Bankreihen von mir entfernt, sitzt der Kollege Jiri Pelikan aus der Tschechoslowakei,

(Lebhafter Beifall)

Mitglied unseres Parlaments als italienischer Staatsbürger und durch italienische Wähler hierher entsandt. Auch dies ist ein Stück europäischer Wirklichkeit, und ich empfinde es als mehr denn eine moralische Pflicht, von dieser Stelle aus im Namen meiner politischen Freunde jene Frauen und Männer in Prag — und nicht nur dort — grüßen, die leiden müssen, weil sie wie wir um Frieden, um Meinungsfreiheit und um europäische Verträglichkeit bemüht sind.

(Lebhafter Beifall)

Meine dritte Frage lautet: Wie können wir dem gerecht werden, was die europäische Jugend von uns erwartet? Frau Präsidentin, es gibt in weiten Teilen der jungen Generation einen Bewußtseinswandel, der gekennzeichnet ist durch eine neue Erfahrungswelt, gekennzeichnet durch sehr viel Unsicherheit und Verdruß, hervorgerufen durch einen vielen übermächtig erscheinenden Staat, durch eine allgegenwärtige Bürokratie, die mancherorts zur Bevormundung tendiert. Was wir dagegen zu setzen haben, ist aufzuzeigen, daß es Wege gibt, die zu verstärkter Eigenverantwortung und Mitbestimmung führen, Wege, die zu einem *humanen* nicht zu irgendeinem Fortschritt führen, die uns von den falschen Vorbildern eines ökonomischen

oder bürokratischen Gigantismus lösen werden.

(Beifall)

Wir sollten jene ganz ernst nehmen, die befürchten, daß unser Globus die Fortschreibung der bisherigen industriellen Entwicklung nicht überstehen würde. Es geht längst um mehr als Umweltschutz, so wichtig dieser ist. Es geht auch um mehr, als darum, mit natürlichen Ressourcen sorgsam umzugehen. Wir werden umzudenken haben, was die Gestaltung von Industriegesellschaften angeht. Wir werden neu darüber nachdenken müssen, welche Wege den Ländern der Dritten Welt gemäß sind, und vor allem werden wir uns — mehr als bisher — Gedanken darüber zu machen haben, wie konkrete Solidarität zwischen den Völkern organisiert werden kann. Dabei werden wir Sozialisten, wir Sozialdemokraten, uns vor Trauntänzerie ebenso zu hüten wissen wie vor dem Denken in scheinbar bewährten Schablonen.

Es geht nicht nur um *mutual dependance*; es geht um *mutual interest* im doppelten Sinne des Wortes. Auch unsere Arbeitsplätze, nein, die unserer Kinder, nein, noch mehr, die unserer Enkel hängen davon ab, ob die Entwicklung in anderen Teilen der Welt rascher vorankommt, und auch der Friede hängt davon ab. Ich bin hier nicht der einzige, der zweimal in seinem Leben erfahren hat, wie aus Krieg Hunger wurde. Ich möchte, daß wir noch mithelfen, einer jungen Generation die Erfahrung zu ersparen, daß aus millionenfachem Hunger auf der Welt Krieg und Chaos werden kann.

(Lebhafter Beifall)

Und schließlich, verehrte Anwesende, meine ich — und das soll jetzt keine ungebührliche Kritik an dem sein, was eben gesagt wurde —, daß man die Lage verniedlicht, wenn man bloß von einer Krise spricht, denn das Wort „Krise“ verleitet zu dem Trugschluß, alles werde bald wieder ins Lot kommen. Womit wir es zu tun haben, ist doch wohl eher ein Umbruch als eine Krise, ein Umbruch mit dem Zusammensturz überkommener Doktrinen, wirtschaftlicher Mechanismen und des internationalen Währungssystems, mit dem Ringen um eine neue Staatenordnung, mit einer Energiekrise, die viel mehr ist, als sie scheint, mit großen zivilisationskritischen Herausforderungen und noch mit Einigem mehr.

Eines ist tröstlich, und ein anderes gibt Mut. Der Mensch, der Mitmensch rückt doch wieder näher. Ich glaube, Sie spüren es aus der Mitte und von den Bänken gegenüber so wie wir, wie die Flüchtlingstragödien Südostasiens, wie aber auch das vieltausendfache Sterben in einem kleinen mittelamerikanischen Staat, in Nicaragua, bevor eine neue Ordnung sich durchsetzen kann —, wie all das die Menschen in Europa beansprucht. Ich hoffe, unser Parlament wird sich in Zukunft nicht mit lahmen Resolutionen zufrieden geben, sondern lieber vorsichtiger sein in dem, was es sagt, und dann gewissenhaft prüfen, wie jeweils im Rahmen unserer gewiß begrenzten Möglichkeiten nicht nur der Mund gespitzt, sondern auch gepfiffen werden, d. h. konkret etwas getan werden kann.

Wir erinnern zugleich an die EG-Charta der Bürgerrechte, die das bisherige Europäische Parlament auf Vorschlag der Sozialisten auszuarbeiten beschlossen hatte. Ich folge dem bisherigen Parlament nicht in allen Fällen. In diesem Falle tue ich es ausdrücklich.

Ich sagte, daß unsereinem auch Mut zufließt, und damit meine ich jenes Europa der Jugend, das im Stillen herangewachsen ist, und das ich selbst in Monaten, in denen mich die Ärzte aus dem politischen Verkehr gezogen hatten, zumal zwischen Deutschland und Frankreich auf beglückende Weise erleben durfte.

Meine politischen Freunde und ich sagen von hier aus der jungen Generation: Wagt weiter und neu die Wege nach vorn, und laßt euch nicht abspeisen mit rückwärtsgewandten Rezepten.

Was wir anstreben, ist — mit den Worten von Aneurin Bevan, jenes kraftvollen, unvergeßlichen britischen Arbeiterführers: *a society with freedom from fear*, eine Gesellschaft, die frei ist von Furcht. Und er hat weiter gesagt: *with hope and reasonable chances for the young generation*, mit Hoffnung und vernünftigen, angemessenen Chancen für die junge Generation, die auf uns blickt und uns folgen wird.

(Lebhafter Beifall)